

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellzahl vierjährlich 2050 M., monatl. 700 M., in den Ausgabestellen viertelj. 1800 M., monatl. 600 M. Bei Postbezug viertelj. 1980 M., monatl. 660 M. In Deutschland unter Streissband monatl. 150 M. deutsch. — Einzelnummer 40 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniedrigung oder Ausperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 84 mm breite Kolonne 20 M., für die 90 mm breite Nellamezeile 250 M. Ausland, Ober-schlesien und Freistaat Danzig 15 bzw. 60 deutsche M. — Bei Platzvorschrift und schwierigen Saz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten und Ausungsgebühr 200 M. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Poststellekonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 217.

Bromberg, Dienstag den 17. Oktober 1922.

46. Jahrg.

## Moskau und Angora.

Der "Wiener Allgemeine Zeitung" wird von besonderer Seite geschrieben:

Das Interesse der ganzen diplomatischen Welt wendet sich den Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und den Alliierten zu. Es war von vornherein für jeden Eingeweihten klar, daß zwischen Moskau und Angora eine innige Verbindung bestand. So offen aber, wie dies jüngst ein hoher russischer Diplomat aussprach, war die Sache nicht bekannt. Und erst recht nicht wußte man mit Bestimmtheit, daß ein Militärbündnis auf dem Wege sei.

In Privatgesprächen mit französischen Politikern sind diese Dinge ungeniert besprochen worden. Jetzt aber wird von Seiten Russlands offen erklärt, daß ohne Moskaus Hilfe der Erfolg Kemal Paschas unabsehbar gewesen wäre. Da man in Frankreich jetzt einstimmig ist, was Moskau wert ist, beginnt auch das offizielle Frankreich das heutige Russland ins Kalkül zu ziehen. Russland von der Friedenskonferenz auszuschließen, so meinen die russischen Diplomaten, wäre direkt eine Herausforderung des Hauptanträngers am Schwarzen Meer.

Dennoch ist die Freundschaft zwischen Moskau und der Türkei keine so aufrichtige, als man dem Anschein nach annehmen sollte. Die gemeinsamen Interessen Moskaus und des ehrgeizigen patriotischen Türken Kemals bestehen darin, in den Friedensvertrag der Alliierten eine Bresche auszuschlagen. Moskau sucht dazu Verbündete, auch wenn sie keine Bolschewiken sind, und die Türkei wie ja auch Russland sehen sich nach dem einzigen Freund um, der ihnen geblieben ist, wenn sie auch die bittere Pillle des Bolschewismus dabei mit hinunter schlucken müssen. Dass gerade Frankreich wegen seiner Orientpolitik auf Seite der Türkei, des früheren Gegners, steht, und England eher für Deutschland war, das England Russland sympathischer und nicht ganz ablehnend gegenüberstand, während das imperialistische Frankreich von dem bolschewistischen Russland auf allen Kongressen nichts wissen wollte, macht die Sache nur pikanter und noch komplizierter.

Wie klug Moskau seit jeher vorging, um falls der Westen verlage, im Osten Erfolge zu erringen, ist bekannt. In Turkestan wurde gleich nach dem Siege über Denikin und Koltchak der den Weg nach Turkestan wieder frei machte, eine Kommission mit außerordentlichen Vollmachten nach Taschkent gesandt, mit dem nach bestimmten Zielen, den Osten das ist Persien, Afghanistan, Turkestan selbst und vor allem Indien aufzumachen. Mit großem Raffinement stützen die Bolschewiken dabei an Werke. "Asten für die Ablaten! Hinaus mit den Fremden!" Auf in den Kampf gegen den bedrohlichen England! War es da ein Wunder, daß diese Emissäre bei den armen Muselmanen leicht Gefahr fanden. Chiwa, Buchara wurden genommen, die Emire gefangen und Sowjetregierungen eingeführt. Selbst mit Afghanistan wurden Beziehungen angeknüpft und gegen seitige Handelsfeste eingerichtet. Damals schon suchten die Bolschewiken, auch die Türken für sich zu gewinnen. Unter Pascha, dem Feldherr aus dem Weltkrieg und politisch hinter schwankend, versprach damals auf dem Kongresse in Potsdam, für die Bolschewiken einzutreten. Freilich kam er später mit den Bolschewiken wieder in Konflikt, da er sich selbst zum Emir von Turkestan machen wollte, was ihm aber scheinbar nur kurze Zeit gelang. Denn erst unlängst wurde gemeldet, daß die Sowjetregierung wieder ganz Turkestan wiederholt besetzt habe. Wenn sich auch das Gericht vom Tode Enver Paschas nicht bestätigte, so scheint seine Rolle in Turkestan doch ausgespielt zu sein. (?)

Doch die Türken keine Bolschewiken sind, auch nicht Kemal Pascha und sein Anhang, ist erwisch. Die Freundschaft Russlands war nur Mittel zum Zweck. Ob sie aber diese unaufhörliche Feindseligkeit nicht einmal später bitter bereuen werden, ist die Frage. Freilich ist zu bedenken, daß auch die Bolschewiken immer wissen, wie weit sie mit den Mohammedanern gehen dürfen, um so mehr, wenn dieselben, wie jetzt die Türken, ganz offen unter dem Schutze Frankreichs stehen. Die Zeit scheint aber nicht allzu ferne, wo wieder, wie vor dem Weltkrieg, die drei größten Mächte, England, Frankreich und Russland, um die Vorrechte im östlichen Osten streiten werden.

Über Enver Paschas Märchendasein macht die "Frankfurter Zeitung" folgende Bemerkungen: "Enver Pascha hat ein merkwürdiges Schicksal in den Berichten der Presseagenturen. Keiner hat ihn im August auf Grund einer Moskauer Nachricht tot erklärt. Havas hat ihn auf Grund der Nachrichten aus Mittelasien zum Emir von Buchara gemacht. Wieder eine Woche später wurde aus Moskau gemeldet, daß er eine Schlappe erlitten habe, und jetzt nach abermals einem Monat meldet 'Chicago Tribune', er habe zwei bolschewistische Divisionen bei Samarkand geschlagen, während die Moskauer 'Rosta' wieder sagt, es habe gar keine Schlacht stattgefunden und Enver sei unwiderruflich tot. Wir müssen gestehen, daß es uns schwer wird, zwischen diesen vielen sich widersprechenden Nachrichten zu wählen. Ist er tot, lebt er? Wer weiß es? Und die 'Rosta' ist uns kein untrüglicher Bogen. Nach den verschiedenen Totmeldungen aber, die alle aus der Himmelsrichtung kamen, in der einst die erste Tatenrichtung entstand, möchten wir annehmen, daß Enver noch zu hohen Jahren kommen wird. Samarkand, das erinnert so an Turandot, an Rustan, Gulinare, an den 'Mann vom Berge' und an andere Märchengestalten, von denen wir nicht recht wissen, ob es ein Traum oder Leben ist. Vielleicht ist auch Enver nur noch ein Prinz aus Märchenland, der wie diese seine Schlachten schlägt und sich ein Reich erkämpft, das dann beim Erwachen zerstört. Im Märchen des Volkes wird er wohl als weltentrückter Helden weiter leben, wenn er einmal wirklich tot sein wird. Es ist drollig, daß wenn die Leute eines so modernen Gewerbes, wie es die Nachrichtenverbreiter aus London, Paris, Moskau und Chicago sind, es wunderlich erscheinen, die Grenzen zwischen Märchenland und Wirklichkeit zu verwischen, so daß kein Mensch mehr weiß, woran er ist. Und da sage noch Enver, es gebe keine Phantasie und keine Dichter mehr!"

## Russlands Teilnahme an der Meerengen-Konferenz.

Die englische Regierung ist eifrig bestrebt, das Datum für die Friedenskonferenz so früh wie möglich anzusehen. Sie hofft, daß die Verhandlungen noch vor Mitte November beginnen können. Über die Wahl des Verhandlungsortes ist man sich noch nicht schlüssig geworden. Von Lausanne in der Schweiz wird viel geredet. Man scheint darüber einig zu sein, daß solche Staaten, die an der Frage der Freiheit der Meerengen und des Schutzes der Minderheiten interessiert sind, auf irgendeine Weise zu den Besprechungen zugelassen werden sollen.

Das deutet auf eine Teilnahme Russlands an der Konferenz hin. (Am Problem des Schutzes der Minderheiten dürfte auch Polen sehr interessiert sein. D. Red.) Wie übrigens "Daily Telegraph" von unterrichteter Seite erfährt, werden in Angora gegenwärtig sowohl von französischer wie von russischer Seite Anstrengungen gemacht, Einfluß auf die Formulierung der Bedingungen zu erreichen, unter denen Russland berechtigt sein soll, an der Friedenskonferenz über den nahen Osten teilzunehmen. Der Vertreter der Moskauer Regierung A. Valovoff bemüht sich mit allen Kräften, eine Erklärung zu erlangen, nach der Russland als gleichberechtigter Staat mit den übrigen eingeladenen Mächten an den Beratungen teilnehmen soll. Dagegen wird von französischer Seite eine Formel vorgeschlagen, nach der Russland bei Besprechung der Meerengenfrage lediglich gehört werden soll. Es scheint, daß die gegenwärtig in Angora herrschenden Tendenzen dieser letzteren Auffassung zuneigen. Das Erstarken des französischen Einflusses in Angora hat zur Folge, daß die Sowjetregierung um so mehr bestrebt ist, zu einer Vereinigung mit Paris zu gelangen. Moskau habe, wie "Daily Telegraph" annimmt, gegenwärtig großen Respekt vor der französischen Politik und glaube, daß der Weg zur politischen Anerkennung über Paris führe.

Wachet auf! ruft euch die Stimme  
Des Wächters von der hohen Zinne  
Wacht, Deutsche, auf im Polenland!  
Die ihr an der Neße hauset  
Und wo durchs Tal die Weichsel brauset  
Und wo uns grüßt der Warthe Strand.  
Zeigt euch der Vater wert,  
Scheucht von der Heimat Herd  
Die Hyäne!\*

Die 16 sei  
das Feldgeschrei  
der deutschen Minderheitspartei!

\* = Chi-je-na (Block der deutschfeindlichsten Parteien Polens).

## Der scheidende und der kommende Sejm.

Der Vorstand der Warschauer Generalprokuratur (Generalstaatsanwaltschaft) Stanislaw Borkowski, dem der Ruf eines hervorragenden Staatsrechtlers und Volkswirtschaftlers vorangeht, gewährte einem Vertreter des "Kurier Poranny" eine Unterredung, in der er auf die Verhältnisse einging, die sich nach dem Abschluß der Arbeiten des verfassunggebenden Sejm herausgebildet haben und über den zukünftigen ersten normalen Sejm einige lehrreiche Fingerzeige gab, die gerade jetzt vor den Wahlen ein breiteres Interesse beanspruchen dürften. Er sagte u. a.:

Die Tätigkeit des scheidenden Sejm hat viele widersprechende und zum größten Teil abfällige Urteile hervorgerufen. Dieses abfällige Urteil kann ich nicht teilen. Unter den ungeheuer schwierigen Verhältnissen, in denen sich unser Staat in der ersten Phase seiner Unabhängigkeit befand, hatte der Sejm eine sehr schwierige Aufgabe, die er jedoch zum größten Teil gelöst hat. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe wurde noch vergrößert durch die bekannte Zusammensetzung des Sejm, die in der Volksgemeinschaft die weitgehendsten Befürchtungen erweckte. Nach den Wahlen im Januar 1919 herrschte allgemein die Ansicht vor, daß dieser bäuerliche Sejm sich lediglich auf die Enteignung einer jeden größeren ländlichen Besitzung ohne jede Entschädigung bestrafen werde, und daß die bürgerlichen Abgeordneten nach der Durchführung dieser Reform unverzüglich abreisen würden, ohne Rücksicht auf andere Staatsnotwendigkeiten, daß sie weder das Gesetz über die Einziehung zum Heeresdienst, noch das über die Einziehung der Steuern beobachten würden. Die Wirklichkeit strafte jedoch diese schwarzen Vorwürfe Lügen. Der Sejm hatte Verständnis für die Bedürfnisse des Landes, und wegen Mangels an Vaterlandsliebe kann er nicht unter Anklage gestellt werden.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Sejmarbeit jeder Kritik standhält. Der Sejm hat in der Tat viele Fehler und Verstöße begangen, und besonders infolge der

## Danziger Börse am 16. Oktober

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Polennoten 27,25

Dollar 2850

Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Unfähigkeit und des unvorbereiteten Verhaltens der meisten Abgeordneten, in höherem Maße aber noch infolge der inneren Spaltung. Man kann nicht behaupten, daß die allgemeine Konsolidierung im Laufe der vergangenen drei Jahre keine Fortschritte gemacht hätte. Die Klassen- und Teilstädtegegenstände sind zweifellos gemildert worden, dagegen hat sich der Gegensatz zwischen den politischen Lagern, und zwar in höherem Maße im Sejm als im Volke bedeutend verschärft.

Der zukünftige Sejm muß sich, wenn er eine nutzbringende Tätigkeit entfalten will, in erster Linie die Gelung der interparlamentären Verhältnisse zur Aufgabe machen. Die gesunden Elemente der Mitternacht werden, wenn sie im zukünftigen Sejm in einer größeren Zahl vertreten sein werden, alles daran setzen müssen, um die schärfen Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken zu mildern. Nur auf dieser Grundlage kann eine fruchtbare Arbeit geleistet werden. Einen großen Fehler beging der scheidende Sejm dadurch, daß er sich in die Kompetenzen der Behörden hineinmischt, was oft zur Folge hatte, daß man die Mithräume in unserer Staatsmarke nicht verfolgte, die innere Unordnung größer und die Verantwortlichkeit der Regierung geschwächt wurde, denn wenn die wirkliche Gewalt und die politische Richtung nicht in den Händen des Ministerrats, sondern in den Sejmkommissionen ruhte, die oft als obere regierende Organe auftreten, so konnten die Minister für ihre Politik nicht die volle Verantwortung übernehmen. Der neue Sejm darf bei seinen ihm durch die Verfassung übertragenen Aufgaben nicht die Grenzen seiner Zuständigkeit überschreiten, er muß der Regierung Handlungsfreiheit lassen und sie nachträglich wegen Mithraums oder Unterlassungssünden zur Verantwortung ziehen, darf jedoch ihre Macht nicht beeinflussen. (Das wäre sehr zu bedauern und stände mit der Verfassung im Widerspruch, die dem Sejm viel weitgehendere Macht gibt. D. Red.)

Der hartnäckige Parteikampf im scheidenden Sejm hat es zuwege gebracht, daß die ausführende Behörde und vor allem das Staatsoberhaupt in seinen Kompetenzen ganz bedeutend eingeschränkt wurden. Darin steht eine große Gefahr, denn dadurch wird die Schwäche der Regierung und die Allmacht des Sejm verstetigt. Sache des Verstandes und der Vaterlandsliebe des neuen Sejm wird es sein, daß er diesen Zustand nicht missbraucht, vielmehr dafür eintritt, daß die Zuständigkeiten der Behörden erweitert werden, dessen eingedenkt, daß wie einst die Schwäche der obersten Behörde und der Mangel an Exekutive den früheren polnischen Staat zugrunde richteten, diese Faktoren auch jetzt die Macht, ja, die Existenz der Republik gefährden könnten. (Es kommt hierbei weniger auf die Verteilung der Gewalten an, als auf die Einsicht der Behörden und den Verstand der Sejmmeinhheit. D. Red.)

Der neue Sejm müßte die Fehler vermeiden, die sein Vorgänger begangen hat. Die Gesetze sollten die allgemeinen Lebenserscheinungen regeln, erst dann werden sie eine Handhabe für eine wahre Gerechtigkeit bieten. Die Normierung einzelner Fälle durch das Gesetz bedeutet in ihrem Ergebnis immer eine Bevorzugung oder Schädigung, da sie aus der allgemeinen Regel herausgeschält wurde. Beachtet man sich übrigens die Tätigkeit des scheidenden Sejm, so gewinnt man die Überzeugung, daß die zivile Gewalt und die Überzeugungstreue ihm nicht immer voranleiteten. Eine ganze Reihe wichtiger Fragen blieb fast ungelöst, da es kritische Fragen waren, und doch waren alle davon überzeugt, daß das Staatswohl deren Lösung erforderte. Hierzu gehören u. a. die Frage des Verhältnisses des Staates zu den Glaubensbekennissen sowie zu den nationalen Minderheiten. Erst in den letzten Tagen seines Bestehens hat sich der Sejm zu einem wichtigen Schritt nach dieser Richtung hin aufgerafft, indem er das Selbstverwaltungsstatut für die drei ostgalizischen Wojewodschaften beschloß. Der neue Sejm wird sich mit vielen ähnlichen Fragen beschäftigen müssen, und zwar mit einem klaren Blick, gleichzeitig aber auch mit dem festen Entschluß, weder vor den Schwierigkeiten noch vor der eventuellen Unpopulärität zurückzuschrecken, vielmehr die heiklen Fragen zu lösen, wie es das Gewissen und das Staatswohl erfordert.

Der neue Sejm müßte die Fehler vermeiden, die sein Vorgänger begangen hat. Die Gesetze sollten die allgemeinen Lebenserscheinungen regeln, erst dann werden sie eine Handhabe für eine wahre Gerechtigkeit bieten. Die Normierung einzelner Fälle durch das Gesetz bedeutet in ihrem Ergebnis immer eine Bevorzugung oder Schädigung,

da sie aus der allgemeinen Regel herausgeschält wurde. Be-

achtet man sich übrigens die Tätigkeit des scheidenden Sejm, so gewinnt man die Überzeugung, daß die zivile Gewalt und die Überzeugungstreue ihm nicht immer voranleiteten. Eine ganze Reihe wichtiger Fragen blieb fast ungelöst, da es kritische Fragen waren, und doch waren alle davon überzeugt, daß das Staatswohl deren Lösung erforderte. Hierzu gehören u. a. die Frage des Verhältnisses des Staates zu den Glaubensbekennissen sowie zu den nationalen Minderheiten. Erst in den letzten Tagen seines Bestehens hat sich der Sejm zu einem wichtigen Schritt nach dieser Richtung hin aufgerafft, indem er das Selbstverwaltungsstatut für die drei ostgalizischen Wojewodschaften beschloß. Der neue Sejm wird sich mit vielen ähnlichen Fragen beschäftigen müssen, und zwar mit einem klaren Blick, gleichzeitig aber auch mit dem festen Entschluß, weder vor den Schwierigkeiten noch vor der eventuellen Unpopulärität zurückzuschrecken, vielmehr die heiklen Fragen zu lösen, wie es das Gewissen und das Staatswohl erfordert.

Der erste Sturm im schlesischen Sejm.

Die Verteidigung der deutschen Sprache und der polnischen Verfassung. — Präsidentenwahl.

Der schlesische Sejm hat am 13. Oktober seine Geschäftsordnung beraten, die in den §§ 2 und 5 folgendes bestimmt: "Die Beratungen des Sejm eröffnet das älteste Mitglied der Abgeordneten der polnischen Nationalität (Senior), welcher die zwei jüngsten Abgeordneten als Sekretäre beruft. Der Senior und die vorläufigen Sekretäre amtieren bis zur Übernahme durch den Marschall und der endgültigen Mitglieder des Sejmpräsidiums" (§ 2) und "Die Verhandlungssprache ist polnisch. In den Grenzen des Genfer Abkommens, Artikel 188, ist die deutsche Sprache zugelassen" (§ 5).

Zu diesen die deutsche Minderheit besonders angehenden Punkten verlangte Abg. Szepionik (Deutscher Club) das Wort und erklärte u. a. folgendes:

"Die beiden bestandenen Paragraphen enthalten direkt deutschfeindliche Bestimmungen. Hier werden Ausnahmerechte gegen die Deutschen geschaffen. Ich muß eine gleiche Behandlung aller polnischen Staatsbürger verlangen. Die Verfassung der Republik Polen vom 17. März 1921 hat in der Einleitung den sehr schönen Satz von 'Gott dem Gerechten' und von 'Recht und Gerechtigkeit', der für uns Katholiken besonders bedeutungsvoll ist. Verhindern Sie es, daß wir unter Be-

erung auf Gottes Majestät schlechter behandelt werden wie andere. (Lebhafte Bravo bei den deutschen Abgeordneten.)

Wir Bürger des polnischen Staates deutscher Nationalität erwarten auf Grund dieser Verfassung, daß wir nicht schlechter behandelt werden als die polnischen Staatsbürger polnischer Nationalität. (Lebhafte Bravo bei den Deutschen.) Gleiches Recht und gleichen Schutz allen Bürgern Oberschlesiens verpflichtet der Artikel 76 des Genfer Vertrages, der da besagt, daß alle Bürger Oberschlesiens vor dem Gesetze gleich sind. Und wenn alle vor dem Gesetze gleich sind, müssen wir es vor dem Schlesischen Sejm schon lange sein."

Abg. Szczepoński begründet seinen Standpunkt in eingehenden Ausführungen aus den verschiedenem für die Deutschen Polens und insbesondere Oberschlesiens in Be tracht kommenden Gesetzesbestimmungen und schließt mit den Worten:

"Unsere Forderungen entsprechen den Grundsätzen des Rechts, auf das wir uns berufen müssen. Es ist notwendig, daß keiner von ihnen irgendwelche schwierige Einwendungen mache, daß sie unserem Antrage zustimmen. Es ist uns nützlich, besonders geschwind uns die Überzeugung zu verschaffen, bevor wir in die Verhandlungen eintreten und uns über die Sache schlüssig werden. Wir sind hierher gekommen, positive Arbeit zu leisten, zugunsten unseres Volkes, das wir nicht weniger lieben (zu Korfantys Block gewendet) wie andere. Wir sind hier Oberschlesier. Ich glaube, die Mehrheit unserer Fraktion ist aus Oberschlesien. Das ist hier unsere Heimat. Ich bin hier geboren, meine Eltern und meine Voreltern haben hier gelebt und gewirkt. Ich selbst habe meine ganze Kraft für dieses Volk eingesetzt. Ich habe vordem meine Pflicht als deutscher Staatsbürger getan. Wie viele in ihren Reihen sitzen, die ihr ganzes Leben praktisch für das Volk gearbeitet haben? Wir haben den ehlichen und redlichen Willen, mit Ihnen zusammen zu arbeiten in Frieden. Erleichtern Sie uns die Arbeit. Aber auf unser Recht, das versprochen und verbrieft worden ist, werden wir nicht verzichten." (Bravo, Händeklatschen beim deutschen Klub.)

Nun betrifft — wie wir dem Sitzungsbericht der „Kattowitzer Zeitung“ entnehmen — Abgeordneter Korfanty die Rednertribüne, vor Aufregung rot im Gesicht. Hat die Rede des Abgeordneten Szczepoński eine große Spannung hervorgerufen, so wächst die Spannung jetzt von Minute zu Minute. Korfanty spricht wenige Worte und arbeitet gleich mit seinen Händen. Ein Faustschlag auf den anderen faust auf das Rednerpult nieder. Er wird immer leidenschaftlicher. Seine Worte haben mit sachlicher Erwiderung nichts gemein. Auf die gesetzlich garantierten deutschen Rechte im Minderheitenschlach geht er nicht ein, er erinnert nur an die unselige frühere preußische Politik und wird hierbei durch einen einzigen deutschen Zwischenruf (Szczepoński: Wir sind doch hier in Katowice!) entwaffnet. Aber trocken redet er weiter, er führt etwa aus: Wenn ich abergläubisch wäre, könnte ich die Ausführungen des Vorredners als ein böses Omen bezeichnen. Die Mehrheit der Kommission hat ein Reglement erarbeitet, von dem man angenommen habe, daß es im Plenum ohne jegliche Debatte angenommen werden würde. Nun aber wird von den Deutschen gesagt, es geschehe ihnen bitteres Unrecht. Was für Unrecht gescheht ihnen? Die Deutschen haben hier ihre eigenen Schulen, sie haben ihr freies Wahlrecht. Nachdem sie nun einmal zu Polen gekommen sind, werden sie sich, so hoffe ich, mit dem Schicksal aussöhnen, das sie und ihre Kinder Polen geworden sind. (Beifall bei den Korfantysten.)

Als dann fragt die Präsidentin, ob sich noch jemand zu Wort meldet. Da dies nicht geschieht, will sie über den deutschen Antrag abstimmen lassen. Abg. Szczepoński will noch etwas zur Geschäftsordnung bemerkten; er beantragt im § 2 Streichung des Wortes „Narod polski“. Sein Antrag wird nicht angenommen.

Zwischenruf des Abg. Szczepoński: Auch eine demokratische Auffassung.

Der Präsident läßt über den § 2 abstimmen.

Sämtliche Polen sind für den Kommissions-Wortlaut. Damit sind die deutschen Einwendungen und Wünsche vollständig ignoriert worden. Unter den Deutschen herrscht Unwillen. Der polnischen Sozialdemokratie rufen die Deutschen zu: Das ist Eure Demokratie.

Die nächsten Paragraphen der Geschäftsordnung werden sodann ziemlich rasch erledigt. Nur einige wenige Abschnitte erfahren kleine Änderungen. Es folgt die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer.

Bei der Verschiedenheit der politischen Parteien glaubte man wohl an eine Berippliterung der Stimmen. Und so hielt man es für gescheiter, sich gegenseitig zu kompromissen zu verstehen. Eine Pause von 15 Minuten wurde gemacht, und Deutsche und Polen aller Schattierungen lustwandeln in den Gängen des Sejmgebäudes, um sich über die Kandidaten zu einigen. Die Wahlen gingen dann rasch vor sich. Sejm marschall wurde Abg. Rechtsanwalt Wolny-Katowitz (Korfanty-Block) mit 84 von 48 abgegebenen Stimmen. Vizepräsidenten wurden Gymnasialdirektor Dr. Plaut, Teichen, (38 Stimmen, deutscher Block), Verleger J. Biniakiewicz (44), Abg. Grajek (43) und Dr. Rakowski (35). Zu Sekretären wurden gewählt: Matheja, Foikis, Rumpf, Borys, Menczewski, Obrzud und (von der deutschen Fraktion) Pawlas und Fuchs.

Der Geheime Regierungsrat Schmidt, der von deutscher Seite an den Genfer Verhandlungen über die oberschlesische Frage teilnahm, ist beauftragt worden, in Oppeln das im polnisch-deutschen Vertrage vorgesehene Minderheitenamt zu organisieren. Solche Ämter sollen in beiden Teilen Oberschlesiens eröffnet werden. Ihre Aufgabe wird es sein, die einheitliche und gerechte Verhandlung der Minderheiten zu überwachen.

## Das Urteil im Rathenau-Prozeß.

Leipzig, 14. Oktober. Das Urteil im Rathenau-Prozeß vor dem Staatsgerichtshof wird um 3 Uhr verkündet. Es werden verurteilt Ernst Werner Tschom wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Buchthaus und zehn Jahren Ehrverlust; Hans Gert Tschom wegen Beihilfe und Begünstigung zu 4 Jahren 1 Monat Gefängnis; Willi Günther wegen Beihilfe in Tateinhalt und Begünstigung zu 8 Jahren Buchthaus und 10 Jahren Ehrverlust; Ernst von Salomon und Niedrig wegen Beihilfe zu 5 Jahren Buchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; Ilsemann wegen Beihilfe und Begünstigung, wegen Vergehens gegen die Verordnung über den Waffenbesitz zu 2 Monaten Gefängnis; Tillessen wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung zu 3 Jahren Gefängnis; Blaas wegen desselben Vergehens zu 2 Jahren Gefängnis. Die Kosten des Verfahrens werden den Verurteilten auferlegt. Freigesprochen werden Warnecke, Steinbeck und Voß unter Auferlegung der Kosten auf die Reichskasse. Außerdem wird auf Einziehung der Maschinengewehr erkannt. Die Gefängnisstrafen gegen

Schütt und Diestel gelten als durch die Untersuchungshaft verblüft. Schütt und Diestel waren wegen Begünstigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

### Ein Brief von Nathenau's Mutter.

Am Schlus der letzten Sitzung des Nathenau-Prozeßes verlas Justizrat Hahn einen Brief von Frau Nathenau an die Mutter Tschom:

Im namenlosen Schmerz reiche ich Ihnen, Sie ärmste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohne, daß ich ihm im Namen und Geiste des ermordeten verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge, wenn er vor der irischen Gerechtigkeit ein volles, offenes Geständnis ablegt und vor der göttlichen bereut. Hätte er meinen Sohn gekannt, den edelsten Menschen, den die Erde trug, so hätte er eher die Mordwaffe auf sich selbst gerichtet, als auf ihn. Mögen diese Worte Ihrer Seele Frieden geben!

Die Verlesung des Briefes wirkte auf die Richterbank, die Verteidiger und das Publikum erschütternd. (Es ist dazu zu bemerken, daß Tschom nicht die Mordwaffe auf Nathenau gerichtet hat, sondern nur das Auto gesteuert hat, in dem die Mörder fuhren. D. Red.)

## Republik Polen.

Die polnische Presse zu Herriots Reise.  
(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 16. Oktober. Die Rückkehr des französischen Deputierten Herriot aus Moskau wird in der polnischen Presse lebhaft erörtert, da der erste Versuch einer französisch-russischen wirtschaftlichen Annäherung für Polen natürlich von besonderem Interesse ist. Die Unterredungen, die Herriot Zeitungssprecheren erlebte, zeigen dessen Optimismus, so daß der „Kurjer Poranny“ als Vorführer des Piłsudski-Lagers überzeugt ist, Herriot sei einem großen Betrage zum Opfer gefallen und man habe ihm Potemkinsche Dörfer gezeigt. Niemand könne glauben, daß der deutsche Einfluß geschwächt werde durch die Marseillaise, die zu Ehren Herriots gespielt wurde. Im übrigen sei der Empfang Herriots in Moskau ein Versuch der russisch-deutschen Diplomatie, die englisch-französische Zusammenarbeit, die eine Garantie für die Durchführung des Versailler Trakts darstellen solle, zu stören. Auch die französisch-polnische Presse steht Herriots Reise kühn gegenüber und betont, Herriot stehe an der Spitze der Liberalen und Sozialisten, die auf jede Weise versuchen würden, bei den nächsten Wahlen den Nationalenblock mit Poincaré zu stützen.

### Die Unterminierung des Nationalen Blocks in Oberschlesien.

Wie der „Kurjer Poranny“ meldet, beabsichtigt die Schlesische Nationale Arbeiterpartei, im Sejm eine Interpellation einzubringen, in der darüber Klage geführt wird, daß den Beamten der Wojewodschaft unter dem Druck des Nationalen Blocks der ihnen von der Wojewodschaft bewilligte Vorschlag für die Einkaufszentrale immer noch nicht ausgezahlt wurde. Bekanntlich hatte die Warschauer Regierung für die Appraviationszentrale in Kattowitz einen 200-Millionenfonds gestiftet. Infolge der Verzögerung der Auszahlung und des inzwischen eingetretenen Sturzes der deutschen Mark ist ein Verlust von 80 Millionen deutscher Mark entstanden.

### Die Pläne des neuen Arbeitsministers.

Warschau, 14. Oktober. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten fand gestern eine Pressekonferenz statt, in welcher der neue Minister Lopuszanski das Programm der Arbeiten seines Amtes darlegte. Aus den Erklärungen des Ministers verdient hervorgehoben zu werden, daß der Budgetvoranschlag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten für das Jahr 1923 eine Aussage von 109 595 000 000 Mark vorstellt. Von diesem Betrage entfallen 40 Prozent auf den Wiederaufbau, 24 Prozent auf Wege und Brücken, 18 Prozent auf Wasserarbeiten, 12 Prozent auf Bauten, 8 Prozent auf die Verwaltung und 3 Prozent auf allgemeine Ausgaben. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten projektiert den Bau eines Kohlenkanals mit Hilfe ausländischer Kapitals und die Verbesserung der Weichsel-Schiffahrt.

### Das Ende des Warschauer Telephonstreiks.

Warschau, 14. Oktober. Der Streik der Telefonbeamten und Beamten verschärft sich in den gestrigen Morgenstunden derart, daß der Vorstand eine Bekanntmachung erlässt, nach welcher das streikende Personal entlassen werden sollte, falls es nicht sofort zur Arbeit zurückkehrt. Polizei und Militär besetzen die Telefonstation. Trotzdem gelang es dem Arbeitsminister, eine Verständigung beider Parteien auf folgender Grundlage herbeizuführen: 1. Unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeit. 2. Die Dienstjahre in der Gesellschaft Cedergreen werden angerechnet. 3. Es wird eine Kommission gebildet, die innerhalb drei Monaten ein Statut für eine Pensionsstufe auszuarbeiten hat. 4. Keiner der Streikenden darf entlassen werden. Außerdem verprach der Arbeitsminister, die Forderung eines tatsächlich Darlehens am für die Angestellten des Telephonnetes, wie es den Staatsbeamten ausgeschüttet wurde, zu unterstützen. Daraufhin nahm das Personal die Arbeit wieder auf.

### Eine Bedrohung Polens?

Kielce, 15. Oktober. „Nowa Reforma“ teilt mit, daß laut aus Moskau eingetroffenen Nachrichten, dort Verhandlungen zwischen der Litauischen und der Sowjet-Regierung über den Abschluß einer Militärkonvention stattgefunden haben.

### Pilsudski und Haller.

Warschau, 15. Oktober. Der „Robotnik“ nimmt Anstoß an der Aussstellung der Kandidatur des Generals Haller für die Landtagswahlen durch den nationalen Block. Durch die Aussstellung dieser Kandidatur wolle die Nationaldemokratie ihre Parteiinflüsse in der Armee stärken; denn bekanntlich besteht die Parteilosigkeit der Armee darin, die linken Einflüsse auszuschalten. Es handele sich bei der Nationaldemokratie nicht darum, durch General Haller einen Führer zu gewinnen, sondern einzig darum, den reaktionären Teil der Armee Piłsudski gegenüberzustellen.

„Kurjer Poranny“ bezeichnet die Aussstellung der Kandidatur des Generals Haller auf die Liste der Nationaldemokratie als eine ungeheure Dissidenz. Es sei unerhörbar, den Namen eines Generals der polnischen Armee, welcher von dem Landeschef die höchsten Auszeichnungen erhielt, mit den Namen von gewöhnlichen Stoßtrupplern auf eine gleiche Stufe zu stellen, die die Person des Landesheeres mit dem größten Schmutz bewerfen.

Der polnische Städteverband beabsichtigt, sich an die Regierung mit einem Memorial zu wenden, in welchem gefordert wird, die Ausfuhr sämtlicher Lebensmittel aus Polen zu verbieten, da diese geeignet wäre, eine noch ärztliche Epidemie herbeizuführen.

Zwischen Polen und Deutschland soll demnächst eine Postkonvention abgeschlossen werden. Die Verhandlungen hierüber werden im November dieses Jahres beginnen.

Die seit langem geplanten Veränderungen in der polnischen Diplomatie haben bisher folgende Resultate gezeigt: Samojski bleibt in Paris, Skir-

munt geht nach London und Wroblewski nach Washington. Unbestimmt ist noch das Verbleiben Madejski in Berlin und unentschieden noch die Besetzung des diplomatischen Postens in Prag.

In Anwesenheit Plucińskis fanden in Warschau Konferenzen über die letzten Genfer Entscheidungen in den polnisch-Danziger Fragen statt; außerdem begannen Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien.

Zur internationalen Arbeitskonferenz, die am 18. d. M. in Genf stattfindet, delegiert Polen Okolski vom Berathe der Industriellen und als Sachverständigen Taczewski.

Nach einer in Paris getroffenen Vereinbarung des polnischen Generalstabes Siforski wird die französische Militärmission in Polen stufenweise abgebaut, dafür wird die Zahl der auf französische Kriegsschulen kommandierten polnischen Offiziere erhöht. Außerdem wurden neue Vereinbarungen getroffen über die Versorgung der polnischen Armee mit technischem Material und die Zusammenarbeit der Kriegsindustrie beider Länder.

## Deutsches Reich.

### Bradburys Vorschläge.

Die Reparationskommission veröffentlicht einen Bericht über den von Bradbury unterbreiteten Vorschlag zum Ausgleich des deutschen Budgets und zu einer Stabilisierung der deutschen Mark.

Der Plan enthält folgende Vorschläge: 1. Das deutsche Budget nahezu völlig von den äußeren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu entlasten, eventuell bis zu einer Dauer von vier Jahren, um so Deutschland die Möglichkeit zu geben, Kredit zu erhalten. 2. Den Marktfokus zu stabilisieren durch eine Vereinbarung, durch die die Reichsbank ermächtigt wird, Gold gegen Papiermark zu einem von einer gemischten Kommission festgesetzten Preise zu verkaufen. 3. Die Reparationskommission zu reorganisieren und ihren Sitz nach Berlin zu verlegen.

Die Reise der deutschen Industriellen in das Wiedergutmachungsgebiet Frankreichs ist vorläufig aufgezögert worden. Dagegen trifft Senator Marquis de Lubersac in den nächsten Tagen in Berlin ein, um ergänzende Verhandlungen über seinen Vertrag mit Stinnes und dessen Durchführung zu pflegen.

### Kötter gegen Versailles.

Im Club für Handel, Industrie und Wissenschaft in Frankfurt a. M. wandte sich der Reichsminister des Innern Dr. Kötter in einem Vortrage entschieden gegen die Meinung, die man von den Neutralsgrundlagen des Versailler Vertrages möglichst wenig sprechen sollte. Das Wilsonprogramm sei von der deutschen Regierung als Grundlage der Friedensverhandlungen gefordert und von den Alliierten anerkannt worden. Der Minister stellte fest, daß nach der Novembernote Deutschland einzig für alle Schäden der Zivilbevölkerung reparationspflichtig sei. Er zeigte, wie die Alliierten diese freiwillig übernommene Bindung wieder zu zerreißen suchten. Nur durch Vertragsbruch sei es möglich gewesen, Deutschland entgegen dem Vorfriedensvertrag die Zahlung der Renten und Pensionen für die Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen in den Ländern der Alliierten aufzuerlegen. Daran ergebe sich der Schluss, daß sich unser Reichskampf mindestens ebenso gegen die falschen Grundlagen dieser weitgehend haftbar wie gegen die darin enthaltene Schuldanklage richten müßt.

66 Milliarden Reichsein kommenstern in Deutschland. Wie eine reichsdeutsche Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, schätzt man jetzt im Reichsfinanzministerium den Ertrag der diesjährigen Reichsein kommenstern auf 66 Milliarden Mark ein, während man bei Aufstellung des Staats nur auf etwa 12 Milliarden gerechnet hatte. Diese außerordentliche Mehreinnahme, die mehr als fünfzigfach bedeutet, ist natürlich in erster Linie auf den mit den höheren Löhnen und Gehältern automatisch steigenden zehnprozentigen Abzug zurückzuführen, aber auch darauf, daß jetzt die Finanzämter mit den Veranlagungen, namentlich der nicht dem Steuerabzug unterliegenden Personen soweit nachgekommen sind, daß jetzt auch die Steuern aus dieser Quelle regelmäßig fließen. Außerdem stark sind auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer gestiegen.

## Aus anderen Ländern.

### Herriots Mission in Moskau.

Litwinow, der nach längerem Aufenthalt in Deutschland verläßt, um sich nach Moskau zurückzugeben, erklärt einem Mitarbeiter der „Voss. Zeit.“ über die Mission Herriots in Russland: Sowjetrußland erfreut freundliche Beziehungen zu allen Ländern, was aber nicht bedeutet, daß wir nicht aus eigenem Interesse das eine oder das andere Land bevorzugen können. Natürlich stehen wir die Leistungsfähigkeit jener Länder in Erwägung, welche wirtschaftlich und politisch für den Wiederaufbau Russlands am ehesten in Frage kommen. Wir sind bereit, demjenigen zu erst die Hand zu reichen, der sie uns rechtschaffend darbietet. Das ist der heitere Sinn der guten Aufnahme des französischen Deputierten Herriots in Moskau. Hinsichtlich der Beziehungen Russlands zu Deutschland sagte Litwinow: Deutschland habe durch den Vertrag von Rapallo in den Augen Russlands den Vorzug unter den großen Westländern, anerkannt die normalen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik hergestellt zu haben. Das sei eine Haltung von geschäftlicher Weitweite, die Russland niemals in ihrem Wert erkennen werde.

Der englisch-französische Kampf — in Moskau. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Moskau, daß die Ablehnung des Urquhart-Vertrages durch die Sowjetregierung, die offiziell mit der englischen Außenpolitik entzweit wird, in Wirklichkeit andere Gründe hat. Es scheint nämlich, daß die Anwesenheit Herriots in Moskau und die Verhandlungen, die er mit der russischen Regierung geführt hat, bestimmt auf den Rat der Polen eingeschwungen haben. Herriot hat hinter den Kulissen sehr frühzeitig gegen den Urquhart-Vertrag gearbeitet und ernste Differenzen mit Krasin gehabt, der entschlossen ist, seine Demission einzureichen, falls die russische Regierung die Ratifizierung des Vertrages ablehnen sollte.

Das militärische Frankreich. In der letzten Sitzung des Heeresausschusses der Kammer des französischen Heeres beläuft sich auf 660 000 Mann bestehend aus 36 Divisionen, darunter sechs für die Rhône-Lands und die Kontingente, für die Levante und die Kolonien.

Die französische Regierung wird das in New York Herald“ aufgezeigt — nicht ratifizieren. Der Widerstand richtet sich nicht gegen die Besetzung der Hauptstädte, sondern auch wegen der Unterseeboote. In der Form, in der das Abkommen in Washington geschlossen wurde, besteht keine Aussicht, daß es von der französischen Kammer ratifiziert wird.

# Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeiteren wird strengste Verjährungsbehinderung zugesichert.

Bromberg, 16. Oktober.

## Etwas über den Lehrfilm.

Lehrfilme der Berliner Universal-Film-A.-G. (Ufa) wurden hier zu Beginn dieses Jahres vorgeführt, fanden aber damals nicht die erhoffte Teilnahme weiterer Kreise. Und doch verdient dieses Bildungsmittel eine solche Anteilnahme; denn nicht nur für die Schuljugend bedeutet der Lehrfilm eine wesentliche Ergänzung der sonstigen Bildungsmittel, sondern auch Erwachsene können daraus mannigfache und vielseitige Anregungen schöpfen. Der Lehrfilm kann unserem jüngsten Auge Dinge sichtbar machen, die es in der Wirklichkeit nicht zu sehen imstande ist. Die Filmausnahme vermag, indem sie viertelstündlich Bilder von erblühenden Blumen herstellt, und diese Bilder in einigen Sekunden nacheinander ablaufen lässt, die Welt zusammenzuraffen. (Zeitalteraufnahmen.) Die Filmaufnahme vermag statt der rund 20 Bildindrücke in der Sekunde, zu denen das Auge des Menschen befähigt ist, deren 200, 400 und mehr auf das Filmblatt zu bringen; sollen sie dann so langsam ab, dass doch nur 20 auf die Sekunde entfallen, so sieht der Betrachter den Vorgang in zehn- und zwanzigfacher Verlängerung: Er nimmt die Zeit vergrößert unter die Lupe, wie der Beobachter am Mikroskop sich zu kleinen Raumgebilde sichtbar macht. (Zeitlupeaufnahmen.)

Es darf daher begrüßt werden, dass die Deutsche Bühne Bromberg von Zeit zu Zeit Lehrfilme mannigfachen Stoffgebiets in ihren Arbeitsplan aufgenommen hat. Die Filme werden mit erläuterndem Vortrag begleitet. Die ersten Vorführungen finden, wie schon bekanntgegeben, an diesem Mittwoch, nachmittags und abends, statt.

## Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

In der Sitzung des Tariffkomitees des staatlichen Eisenbahnbüros, die am 1. d. M. stattfand, wurde, wie die Warschauer Blätter melden, vorgeschlagen, vom 1. November den Gütertarif um 50 Prozent und den Personentarif um 100 Prozent zu erhöhen, mit Ausnahme des Monats-, Saison- und Fahrscheintickets, sowie der Monatsbilletts für Schüler und Arbeiter, für welche die Erhöhung nur 50 Prozent betragen soll. Das Eisenbahnministerium nahm diesen Beschluss des Tariffkomitees an, jedoch mit der Anderung, dass infolge der bedeutenden weiteren Steigerung der Warenpreise im September und gegenwärtig im Oktober der Gütertarif zweimal erhöht wird, und zwar am 1. November um 50 Prozent und vom 1. Dezember um weitere 50 Prozent.

Der Einheitspreis (pro 1 Kilometer) für die Fahrt einer Person in der 2. Klasse des Personenzuges beträgt bei 200 Kilometer 20 Mark, von 201–300 Kilometer 16 Mark, über 300 Kilometer 12 Mark pro Person und Kilometer. — In der 2. Klasse wird das Doppelte erhoben, in der 1. Klasse das Dreifache (D-Zug-Busfahrt 50 Prozent). — Die Mindestgebühr für gemeldete oder nicht gemeldete Fahrt ohne Fahrkarte wird 2000 Mark und der Bushag für die Erhebung dieser Gebühr im Zuge 400 Mark betragen. Die Erhöhung beträgt auch für Gedächtnisse, Zeitungen, Bücher, die in Personenzügen befördert werden, 100 Prozent.

**Unzulässige Aushebung und Fahnenflucht.**  
Kann ein ungesehlich zum Militärdienst ausgehobener und fahnenflüchtig gewordener Soldat als Deserteur betrachtet werden? Diese Frage beschäftigte dieser Tage die Warschauer Militärgerichte und wir entnehmen den Warschauer Blättern darüber folgendes:

Ein gewisser Krzyzanowski trat im Jahre 1918 als 18jähriger Knabe in die Kampfsabteilung zur Verteidigung der Stadt Lemberg ein. Im Jahre 1919 wurde er vom Militärdienst befreit. Im Jahre 1920 wurde er — als Achsjähriger — abermals zu den Waffen einberufen, und zwar in der Annahme, dass der Jahrgang, dem er angehörte, der Aushebung unterliege. Krzyzanowski unterwarf sich anfänglich dem ihm auferlegten Zwang, nach einiger Zeit jedoch verließ er eigenmächtig sein Regiment. Die Folge hierfür war, dass gegen K. ein Prozess wegen Desertions anhängig gemacht, und er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Infolge der von K. eingereichten Nichtigkeitsdelikte gelangte der Prozess zur nochmaligen Verhandlung, und zwar diesmal vor dem Obersten Militärgericht.

Der Verteidiger des Krzyzanowskis, Rechtsanwalt H. Marjanowski, vertrat den Standpunkt, dass die Flucht einer ungesetzlich zum Militärdienst ausgeworfenen Person aus dem Regiment keine Desertion sei. Desertion, als Verleugnung der Militärdienstpflicht, kann niemals dann in Frage kommen, wenn keine gesetzlich bestreitbare Pflicht zur Ausübung der Militärdienstpflicht vorliege. Der Staat und die staatliche Militärverwaltung legalem Wege erfolgen müssen. Ein nichtlegales Vorgehen der staatlichen Behörden kann niemals zur Quelle eines Verbrechens irgendeiner Person werden, die sich dem nicht-legalen Zwecke nicht unterwerfen will.

Das Oberste Militärgericht in Warschau teilte die Ansicht des Rechtsanwalts, hob das Urteil auf und beauftragte das Gericht der ersten Instanz, Ermittlungen darüber anzustellen, ob die Einberufung des Krzyzanowskis zu den Waffen gerechtiglich gerechtfertigt gewesen sei oder nicht.

**S Das "süße Geheimnis", das zurzeit die Sorge vieler Hausfrauen bildet — wir meinen die Belieferung mit dem städtischen Zucker (was dachten Sie denn?) — ist noch hinter einem dichten Schleier verborgen. Man weiß noch nicht, wie und wo, man tappt noch im Dunkeln bei den Fragen wann und wieviel? und wie teuer? Und was sich schließlich aus der Berechnung der eingetragenen Zahl der Zuckerfundus mit der erwarteten Zuckermenge ergeben wird, kann unter Umständen noch kleine Überraschungen bringen. Denn mangels jeder Kontrolle über die Eintragungen könnte es sich leicht herausstellen, dass die Einwohnerzahl Brombergs plötzlich bedeutend zugewachsen ist. Intimenal mancher und manche sich vermutlich bei mehreren Geschäften hat einzutragen lassen, und zwar zugleich der Sicherheit halber in Vorrangnahme künftigen gleichen der Sicherheit halber in Vorrangnahme künftigen Augenblicks mit mehr Haushaltungsmitgliedern, als liegen am Ende auch nahe genug, da, wie schon gesagt, die ordnungsmäßige Führung der Eintragungen und die Abholung der Ware mit keinerlei Kontrolle belastet ist, also der Willkür Tür und Tor offen steht. Und doch wäre bei rechtzeitiger, tatkräftiger Initiative der städtischen Behörden eine ordnungsmäßige Regelung wohl noch möglich gewesen; denn bereits in der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Oktober wurde von der bevorstehenden Verteilung des städtischen Zuckers gesprochen, die Sache muss also doch schon etwa Ende September verhandelt worden sein. So wie jetzt die Entwicklung sich abspielen wird, dürfte es ein etwas buntes Durcheinander geben, bei dem am besten diejenigen abschneiden, die der Sicherheit halber „mehrere Ecken im Feuer“ hatten. Also, nach bekannter Erfahrung, nehmen, und ebenso genau wissen, dass man auch durch Untertüren in ein Haus kommen kann. — Da der Zucker**

neuer Ernte aber ohnehin demnächst in den freien Verkehr kommt, so wäre die ganze Angelegenheit schließlich nicht sehr belangreich, wenn nicht die Preissfrage immerhin mitprägte. Der städtische Zucker würde sich wohl, wie in Posen, auf 340 Mark stellen, der Zucker im Freihandel dagegen auf 480 Mark — also immerhin ein ganz hübischer Preisunterschied. Trotzdem würde der nur dann wirklich ins Gewicht fallen, wenn das Quantum des städtischen Zuckers sich auf mindestens ein Pfund pro Junge belassen sollte. Diese Annahme würde aber unseres Erachtens den Gipfelpunkt vermessenster Hoffnungsfrende darstellen.

\* Robert Johannes jun. veranstaltete gestern auf Einladung der Deutschen Gesellschaft einen heiteren Abend im Biustino. Es ist ja nicht das erste Mal, dass Robert Johannes Sohn uns durch seine Recitationskunst einen heiteren Abend bietet, und er ist auf dem besten Wege, damit die Beliebtheit seines Vaters zu gewinnen. Wie dieser, so trägt auch er zahlreiche humorvolle Gedichte in ostpreußischer Mundart vor, und der Inhalt dieser Humoristik in Verbindung mit dem behäbig-breiten ostpreußischen Dialekt, und einer entsprechenden wirtschaftlichen Mimik vereinigen sich, um die Lachmuskeln der Hörer in stetiger Bewegung zu halten. Die gestern vorgetragenen Gedichte, von Robert Johannes senior und junior, Julius Wolff, Wiener-Braunshausen, Rudolf Baumbach, H. Schäffer und unbekannten Dichtern waren schon zum größten Teil auf dem „Heiteren Abend“ des Recitators im vorigen Jahre hier in Bromberg gehört worden. Das schwächt aber ihre erheiternde Wirkung nicht ab, dank der Recitationskunst des Vortragenden. Aus dem reichhaltigen Programm seien hier nur einige Glanznummern genannt wie „Unsere Regine“ von Robert Johannes senior, „Drei Geschichten vom Storch“, „Der Witwer und der Tatzelwurm“ von Rudolf Baumbach, „Das Strimpfstoppen“ von Robert Johannes sen., zwei Aussätze eines ostpreußischen Volkschülers usw. usw. Der Saal war übervoll, und starker Beifall belohnte den Recitator. Dieser verabschiedete sich, indem er die Hoffnung aussprach, im nächsten Jahre wieder einen „Heiteren Abend“ in Bromberg veranstalten zu können. Die Hörer teilten diese Hoffnung.

\* Vermittlung von Erzieherinnen. Mit dieser Einrichtung hofft der Frauenbund in Posen dem großen Mangel an Hauslehrerinnen und Erzieherinnen, der in unserem Gebiet vornehmlich auf dem Lande herrscht, wenigstens teilweise abzuholen. Er will eine Zentralstelle schaffen, bei der Angebote und Nachfragen zusammenlaufen. Der Frauenbund glaubt, bei seinen mannigfachen Beziehungen den berechtigten Wünschen beider Teile gerecht werden zu können. Es sei noch auf die Anzeige verwiesen.

\* Aus Triesterkreisen wird uns mitgeteilt, dass in der Versammlung am Mittwoch nicht über die Gehälter der Lehrerlinge, sondern der Gehälter gesprochen wurde. Die Lehrerlinge bezahlen keine Gehälter.

\* Verhaftung von Kirchendiebinnen. Am Sonnabend wurde das Dienstmädchen Sophie Olszewska von hier, ohne festen Wohnsitz, wegen Kirchendiebstahl verhaftet. Sie versuchte, am hellen Vormittag aus der Herz-Jesu-Kirche am Elisabethmarkt (Plac Piastowski) einen Teppich (1) im Werte von 200 000 Mark zu stehlen, für den sie schon einen Käufer in Aussicht hatte. Am Tage vorher hatte sie aus der Kirche schon einige Lichter entwendet. Mit der Olszewska zusammen wurde eine gewisse Adelsheid Wendland verhaftet, die ihr bei den Diebstählen behilflich war. Beide mangelten es angeblich an Geld, „in das Kino zu gehen“, und sie wollten es sich daher auf diese Weise verschaffen.

\* Festnahme von Betrunkenen. Bekanntlich ist in Polen der Ausschank von Alkohol an Sonn- und Feiertagen, sowie an den vorhergehenden Tagen von 9 Uhr nachmittags ab und an dem nachfolgenden Tage bis 10 Uhr vormittags gesetzlich verboten. Um so mehr muss es auffallen, dass gerade an den Verbotstagen öfter mehr Betrunkenen angetroffen und auch festgenommen werden, als an anderen Wochentagen. Auch am letzten Sonnabend und Sonntag wurden wieder vier Personen wegen Trunkenheit verhaftet. Eine besonders unerträgliche Szene fiel gestern während des Gottesdienstes in der Dreifaltigkeitskirche. Berliner Straße (Sm. Trojca) ab. Eine angebrückte Frauensperson störte andauernd den Gottesdienst durch Lärm. Sie wurde in polizeilichen Gewahrsam genommen.

\* Eine Siege gelohnt. In der Nacht zum Freitag wurde Herrn Dr. Skrzniarz, inwohnhaft Gartenstraße (ul. Grodzka) 14, aus seinem Stalle von unbekannten Tätern eine schwarze Siege gestohlen.

\* Beischlagsnahme von Silbersachen. Bei einer Haussuchung in einem kleinen Juweliergeschäft beschlagnahmte die Polizei folgende Gegenstände, als vermutlich von Diebstählen herrührend: Silberne Suppentlöffel mit den Monogrammen H. C. W., S. A., G. B. und ohne Monogramme, ferner silberne Teelöffel, gezeichnet W. A. und G. B., eine silberne Gabel mit dem Zeichen S. B., und eine Zuckergabel, gezeichnet mit T. B. und einer Krone. Einige Eigentümer können sich auf der Kriminalpolizei im ehemaligen Regierungsbüro, Zimmer 71, melden.

\* \* \*

## Vereine, Veranstaltungen ic.

Musiker-Verband Bromberg, C. B. Nächste Versammlung am Dienstag, 17. Oktober, vor 10.45 Uhr, im „Dantso“. Tanzähnliches Erscheinen. — Der Vorstand. (15 781) Tanzabend Geschwister Redo. Am Donnerstag, den 19. Oktober, 8 Uhr abends, findet im Stadttheater ein Tanzabend der weltberühmten erstklassigen jungen Künstlerinnen Geschwister Redo statt. Die sehr beliebten Tänzerinnen sind in Frankreich, Spanien usw. und unter überaus großem Beifall auch fürstlich in Danzig im Wilhelms-Theater aufgetreten. Kartenverkauf an der Theaterkasse. (Weiteres siehe Anzeige.) (11 125)

Zoje Janus. Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr. Versammlung in I.

\* \* \*

\* Posen (Poznan), 13. Oktober. Wieder ein tödlicher Kraftwagenunfall! Gestern abend 1/2 Uhr wurde die in den 60er Jahren stehende Frau Anna Karpińska von einem Kraftwagen überfahren und so schwer verletzt, dass sie auf dem Transport nach dem Stadtkrankenhaus starb. Die Schuld soll nach amtlichen Feststellungen den Lenker des Kraftwagens treffen, der zu schnell gefahren und kein Zeichen mit der Hupe gegeben haben soll. — Im Stadtteil St. Lazarus gab es gestern den ganzen Tag statt klaren Leitungswassers eine tintenähnliche, widerlich riechende Brühe, die weder zu Koch noch zu Waschzwecken zu gebrauchen war. Ein eigenartiges Zusammentreffen ist es, dass in letzter Zeit die Beschaffenheit des städtischen Leitungswassers wiederholt gleichzeitig mit den Preisseigerungen so viel zu wünschen übrig lässt.

## Polnisch-Oberschlesien.

\* Königshütte, 15. Oktober. Am Sonnabend wurde in die bieske Zweigstelle der Handelskasse (Polka Kasa Krajowa Pozyczkowa) ein großer Einbruch diebstahl verübt. Geldschrankknacker drangen mit Gaserstoffgelänen in die Kasserräume, erbrachen den Tresor und stahlen daraus 95 670 000 Mark in polnischem Gold, und zwar in 5000- und 1000-Mark Scheinen, ferner 9 282 500 Mark deutsches Gold in 10 000-, 1000-, 100- und 50-Mark Scheinen. Bisher konnten die Täter noch nicht ermittelt werden.

# Aus dem Gerichtssaale.

\* Der Mann mit den beiden Frauen. Das traurige Schicksal einer Frau wurde in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II. Berlin, abgerollt. Unter der seltenen Anklage der Bigamie hatte sich eine Frau Vomer zu verantworten. Die Angeklagte ist die Tochter eines Gutsbesitzers in Wittbrietzen. Eines Tages erschien dort ein schändig aussehender Offizierstellvertreter, der sich unter dem Namen Rudolf Vomer vorstelle, in der damals üblichen Absicht, zu hamstern. Zwischen dem schändigen Reichswehrsoldaten und der Gutsbesitzerstochter entstanden sich zarte Bande und eines Tages kam es zu einem Verlobnis. Schon nach wenigen Wochen wurde die junge Braut aus allen Himmeln gerissen, als sie von anderer Seite erfuhr, dass ihr Verlobter bereits verheiratet und Vater von einem unehelichen und zwei ehelichen Kindern sei. Vomer versicherte ihr jedoch, bei allem, was ihm noch heilig sei, dass er nicht verheiratet sei, und die Folge war, dass die Braut mit ihm die Ehe einging. Nach einfältiger Ehe, aus der ein Kind hervorging, stellte es sich heraus, dass ihr Ehemann tatsächlich schon einmal verheiratet war. In den nun folgenden Auseinandersetzungen besetzte der Mann weiter auf das entschiedenste, verheiratet zu sein. Als Vomer fürchten musste, dass seine Doppelheir zur Kenntnis der Bevölkerung kommen würde, flüchtete er mit einer Frau „Nr. 2“ nach Wien. Auf Grund eines hinter ihm erlassenen Steckbriefes erbat er von der Staatsanwaltschaft die Sicherung des freien Geleis und schob, ebenfalls der Bigamie angeklagt, vor der Strafkammer alle Schuld auf seine Ehefrau, von der er behauptete, sie habe ihn verführt. Die Angeklagte kam dann ebenfalls nach Berlin und traf hier zufällig in der Leipziger Straße ihren Ehemann mit seiner ersten Frau, die ein Paar ihr gestohlene Handschuhe trug. Deswegen kam es zu einer heftigen Szene, die damit endete, dass „Frau Nr. 1“ die „Frau Nr. 2“ verhaftet ließ. Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Eisenhardt geltend, dass die Angeklagte das Opfer eines Menschen geworden sei, der sie unter betrügerischen Vorspiegeln zur Ehe verleitet habe. Frau Vomer wurde vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt unter Abrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft und Zustimmung der Bewährungsfrist. — Und Vomer?

\* Lysol statt Badewasser. Wegen fahrlässiger Tötung wurde Frau Marie Streit in Berlin zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr Ehemann hatte eines Abends in der Küche in einem Waschsaal ein Bad genommen. Die Frau sollte ihn dabei mit einem Eimer Wasser übergießen; sie nahm jedoch aus Versehen einen Eimer, der konzentrierte Lysolösung enthielt. An den Verletzungen, die der Ehemann durch die ätzende Flüssigkeit erlitt, ist er kurz darauf gestorben. Vor seinem Tode hat er den Verdacht geäußert, dass seine Frau die Tat vorsätzlich aus Eifersucht begangen habe. Diese Annahme wurde durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt. Die Angeklagte wies nach, dass sie ständig größere Mengen Lysol als Desinfektionsmittel und zur Vernichtung des Ungeziefers im Hause gehabt habe. Das Gericht hielt es daher für durchaus möglich, dass der Angeklagte ein verhängnisvoller Irrtum unterlaufen sei, indem sie die Lysolösung als Wasser ansah.

## Handels-Mundschau.

**Weltfahrtsschiffstatistik.** Trotz des Krieges und seiner katastrophalen Folgen ist merkwürdigweise ein erheblicher Zuwachs an Schiffstonnage in der ganzen Welt seit 1914 zu bemerken. Der Zuwachs beträgt 14 288 000 Tonnen, womit die Tonnenzahl sämtlicher Schiffe der Welt auf 64 270 786 gestiegen ist. Dieser Tonnage entspricht eine Zahl von 33 935 seefahrenden Schiffen. Von dieser Zahl sind 4680 Segelschiffe mit 3 027 834 Tonnen und 29 255 Dampf- und Motorschiffe mit 61 842 952 Tonnen. Großbritannien steht mit 19 058 000 Tonnen an der Spitze, wobei der Zuwachs seit Juni 1914: 176 000 Tonnen beträgt; an zweiter Stelle kommen die Vereinigten Staaten mit 12 506 000 Tonnen und einem Zuwachs seit 1914 von 10 669 000 Tonnen. 1914 kam Deutschland gleich hinter Großbritannien mit 6 Millionen Tonnen, es besteht jetzt nur noch 1 783 000 Tonnen. Die größte Vermehrung ist außer bei den Vereinigten Staaten bei Japan mit 1 683 000 Tonnen, Frankreich mit 1 285 000 Tonnen, Italien mit 1 172 000 Tonnen und Holland mit 1 142 000 Tonnen. Norwegen ist von der dritten Stelle an die siebente gerückt und Japan von der sechsten an die dritte. Bei 2793 Schiffen mit 14 283 000 Tonnen ist die Kohlenförderung durch Ölfeuerung ersetzt. Die Zahl der mit Motoren betriebenen Schiffe beträgt 16 039 mit 1 511 000 Tonnen.

**Nette Zollbestimmungen in Polen.** Vor einigen Tagen wurden von der Zolltarifkommission beim polnischen Handelsministerium neue Zollnahmen beschlossen, weil die bisherigen Vorschriften angeblich eine allzu weitgehende Ausdehnung des Veredelungsverkehrs zum Schaden gewisser Industriezweige aufließen. Besonders die Lodzer und die Metallindustrie haben gegen die bisherige Handhabung des Veredelungsverkehrs protestiert. Es wurde die Einsetzung einer besonderten Kommission aus Vertretern der Bleizer, Lodzer, Posener und der oberschlesischen Industrie zur näheren Untersuchung dieser Frage beschlossen. Für die Einfuhr von Straßenbahnschienen wurde der Zollmultiplikator von 500 auf 10 herabgesetzt, entsprechend einem Antrag der Lodzer Straßenbahngesellschaft. Das Gefüll der Petroleumindustrie um Herabsetzung der Zölle für Stahlfässer soll ebenfalls durch eine besondere Kommission noch geprüft werden. Abgelehnt wurde ein Gesuch auf Herabsetzung der Zölle für Spielwaren, Marzipanmasse, Baumwollfutter, Ollerlei Gaze. Das Finanzministerium hatte die allgemeine Erhöhung des Zollmultiplikators von 500 auf 800 mit dem Hinweis auf den bedenklichen Rückgang der staatlichen Zolleinnahmen im Verhältnis zur Kriegszeit gefordert. Zuletzt wurde beschlossen, die allgemeine Erhöhung erst nach genauer Prüfung der Lage der einzelnen Industriezweige vorzunehmen und vorläufig eine Erhöhung von 500 auf 800 nur für chemische Erzeugnisse einzuführen.

**Hauptchristleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für „Stadt und Land“ und den anderen redaktionellen Teil: Karl Bendisch; für Anzeigen und Reklame: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.**

## Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Donnerstag, den 19. Oktober, 8 Uhr abends:

Tanz-Abend der weltberühmten erstklassigen jungen Künstlerinnen Geschwister Redo. (11 124)

Meiste beliebte Tänzerinnen in England, Frankreich, Spanien usw. Im Programm: 6 Tänze, befehlend aus klassischen, orientalischen, Musik von Beethoven, Brahms, Chopin, Grieg, Mendelssohn, Schubert u. a.

Gesteleitung: Runkler-Trio. W. Raczyński (Violin), U. Rothschüd (Cello), \* (Klavier).

Kostüme der Künstlerinnen aus erstem Pariser Magazin. Karten zum Preise von Mt. 400,- bis 3400,- an der Theater-Kasse von 10-1 oder 5-8. Telefon 1182.



## Pommerellen.

16. Oktober.

## Graudenz (Grudziadz).

\* Errichtung eines Landamts. Nach einer PAT-Meldung hat, gemäß einem Wunsch des Sejms, das Hauptlandamt in Warschau beschlossen, ein zweites Bezirkslandamt für Pommerellen mit dem Sitz in Graudenz zu bilden. Der gegenwärtige Leiter des Posener Landamts, Herr Jan Kudysz, wurde mit der Einrichtung beauftragt.

\* Der Sonnabend-Wochenmarkt war recht gut besucht. Kartoffeln kostete man mit 1700 bis 1900 M. Für Brückenkartoffeln kostet 2500 M. Rottkohl kostet 80 M. und Weißkohl 80 M. pro Pfund. Für Pflaumen zahlt man 60 bis 80 M. pro Pfund. Pilze werden knapper. Rehköpfchen kosten 75 bis 80 M. pro Pfund; die Nachfrage ist aber geringer. Der Absatz schwankt. Einen Preissturz hat die Butter erlitten. Man kauft sie schon mit 1500, allgemein wird aber 1800 bis 1700 M. gefordert. Gegen Mittag war noch viele Butter unverkauft auf dem Markt. Für Molkereien verlangen die Niederlagen noch immer 1800 M., da den Molkereien von Buttergroßhändlern dieser Preis bereits im Hause bezahlt wird. Hier sind recht knapp und werden schon mit 1700 M. die Mandel bezahlt. Schweinefleisch ist auf 1000 M. in die Höhe gegangen; auch einige andere Fleischwaren sind etwas im Preise gestiegen. Die Geflügelauflauf wird etwas stärker. Auf dem Wochenmarkt wurde heute einer Landfrau aus dem Marktchor ein größerer Geldbetrag, man spricht von 40 000 Mark, entwendet.

\* Das Weichselwasser ist ganz bedeckt gestiegen. Das Ladeufer ist zum Teil überflutet. Das Verladen der Fähne mit eisernen Brückenteilen ist dadurch sehr erschwert oder ganz unterbunden. Die Brückenteile abbruchskoronen arbeiten jetzt an dem Entfernen der auf den Pfahlrosten stehenden hölzernen Peilergerüste. Andere Gruppen entfernen die eisernen Spundwände und Klammern aus dem Strom. Das aus dem Brückenkopf gewonnene Holzmaterial wird in kleinen Quantitäten des Magistrats zu einem festgefeierten Preis abgegeben. Die Sandbänke sind durch das Hochwasser überflutet. Die Schiffahrt wird durch das Zeichen der Sandbänke wesentlich erleichtert. Beider ist der Verkehr auf der Weichsel sehr gering. Flöße kommen sehr wenig in Sicht und es können Tage vergehen, ehe ein Segel zu erblicken ist oder eine Dampfersirene erschallt.

\* Wählerversammlung. Im Deutschen Gemeindehaus in Tuchola abend eine deutsche Wählerversammlung statt, in welcher der Sejm-kandidat Schulrat Daczko - Tuchola und der Senatskandidat Rechtsanwalt Partikel sprachen. A. Partikel warten die Bienenwirte auf den steuerfreien Zucker zum Einsetzen der Bienen. Der Zucker wurde bereits vor langer Zeit bezahlt, traf aber noch nicht ein. Für die diesjährige Einwinterung kommt er leider zu spät. Nach der schlechten Tracht nun noch Mangel des Zuckeraufzugs; das muß die schon so sehr zurückgegangene Bienenwirtschaft noch mehr schädigen.

## Thorn (Tornuń).

\* Robert Johannes inn. wird auf Einladung des Polenikus-Vereins hier einen Vortragsabend veranstalten, und zwar Dienstag, 17. Oktober, abends 7½ Uhr, im Konkordia-Saal (Bürgergarten), Culmer Chaussee, Karten bei Oskar Stephan Breitstrasse.

\* Geflügel- und Kaninchenausstellung. Die Pomorska Izba Rolnicza (Pommerellische Landwirtschaftssamer) beabsichtigt für Mitte Dezember in Thorn eine Geflügel- und Kaninchenausstellung zu veranstalten. Anmeldungen sind bis zum 10. November an die Pomorska Izba Rolnicza in Thorn zu richten. (Siehe auch Anzeige.)

\* Überfall. Donnerstag abend wurde eine allein gehende junge Frau in der ul. Sw. Jozefego (Kirchhofstrasse), in der Nähe der Gärtnerei Engelhard, von einem uniformierten Manne überfallen, der an ihr ein Sittlichkeitsverbrechen begehen wollte. Auf die lauten Hilferufe der Überfallenen eilten Passanten von der Culmer Chaussee herbei, bei deren Anblick der Unhold schleunigst die Flucht ergriff. Es ist dies seit kurzer Zeit der dritte Überfall in dieser Straße.

\* Von der Weichsel bei Thorn. Das Wasser ist in stetigem Langsamfallen begriffen. Sonnabend früh bestieg der Wasserstand 2,45 Meter über Null. Eingetroffen ist ein Rahmen mit einer Feldlokomotive und Feldschienen, die hier umgeladen werden und per Bahn nach Bück (Bückig) gehen. Abgefahren ist der Dampfer „Samujski“. Kapitän Raczkowski, ohne Ladung nach Graudenz.

\* Einbruchsdiebstahl. Von einem erheblichen Verlust wurde der Kaufmann Schmidtendorff betroffen, der vor etlichen Tagen seinen Umgang aus der ihm vom Hausherrn Stadtrat Doebe gekündigten Wohnung Rabianstraße Nr. 8 nach einer der Vorstädte bewegte, wobei er, da der Umzug nicht an einem Tage vorstehen gehen konnte, einen Teil seiner Sachen, darunter alte Familienandenken, Lampen, kostbare Krüge, einen Tafelaufsatz u. dgl., in der alten Wohnung zurückließ. Eine mit den Verhältnissen vertraute Person machte sich diesen Umstand zu nutze. Diese Person oder deren Helfershelfer brachen in der Nacht darauf in die Wohnung ein und plünderten sie vollständig aus.

\* Schreibmaschinendiebstahl. Freitag, am helllichten Tage, in der Mittagszeit zwischen 1 und 3 Uhr, wurde aus dem in der ul. Szczecina (Schillerstrasse) 10 sich befindenden Büro des Justizrats Teilefeld eine Ideal-Schreibmaschine Nr. 66 728 von unbekannten Tätern mittels Einbruchs gestohlen. Der Geschädigte, dem schon früher verschiedene Schreibmaschinen entwendet worden sind, hat für Wiederherstellung eine Belohnung von 30 000 Mark ausgesetzt.

Nittergut Alunzwischowice verläuft ca. 50 starke, tragende Mutterläufe, Herdbuchen, junger Terriers. 11.093

Wertgut Alunzwischowice verläuft ca. 50 starke, tragende Mutterläufe, Herdbuchen, junger Terriers. 11.093

Geldschrank doppeltürig, ca. 83 tr., verf. für 750 000 Wit. 10987 Chem. Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl. Betriebs. 10582

4 Worle:



Urbin

der gute Schuhputz

10 Zentner Eicheln

(Saatware) und

Ahorn-Samen

sucht zu kaufen und bittet um Angebot

Forstverwaltung Chojniewo, Pomorze.

sofort vom Werk lieferbar.

11.1100

Baumigro

Baumittel - Großhandels-Gesellschaft

Danzig, Hopfengasse 74.

Teleg. Adr.: Baumigro. Fernspr.: 6206 - 09.

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

11.1100

